

Das Ministerium für Staatssicherheit und der Kulturbetrieb.¹

Gesine von Prittwitz

Die Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) im Februar 1950 wirkte sich zunächst auf den Kulturbetrieb nicht einschränkend aus. Gründe hierfür waren fehlendes Personal, operative und bildungsmäßige Defizite bei den vorhandenen Kadern sowie die Personalfluktuations. Die notwendige Sicherheit bei der Steuerung und Werbung von IM und das Know how der personenbezogenen Bearbeitung mußten sich die „Aktivisten der ersten Stunde“, die im Durchschnitt 21½ Jahre jung und operativ unerfahren waren, erst in der operativen Praxis aneignen. In dieser Gründungsphase führte die Staatssicherheit Verpflichtungen von „Kulturschaffenden“ hauptsächlich durch, um Informationsquellen und Kontaktpersonen in wichtigen Medieneinrichtungen und Kulturinstitutionen zu gewinnen und wurden sowohl von der Abteilung V als auch VI, die für die innere Sicherheit verantwortlich waren, durchgeführt. Dem hohen Stellenwert der breitenwirksamen Massenmedien (interner Begriff „Massenkommunikationsmittel“) als Herrschafts- und Agitationsmittel der Partei entsprach, daß die Staatssicherheit sich *darauf* konzentrierte und diesen Verantwortungsbereich personell immer sehr viel besser besetzte als andere. Bis zuletzt wurde unterschieden, ob ein „Sicherungsobjekt“ eher den „Massenkommunikationsmitteln“ oder eher der „Kultur“ zuzuordnen sei. Die

Kultur wurde untergeordnet behandelt. Dem entsprach, daß die Staatssicherheit sich im gesamten Zeitraum ihrer Existenz im Kultur- und Medienbetrieb auf sogenannte „Objektsicherungen“ konzentrierte, die flächendeckende Überwachung war offensichtlich nicht beabsichtigt. Andererseits beanspruchte der Staatssicherheitsdienst von vornherein, alle gesellschaftlichen Organisationen und bedeutenden Einrichtungen des Kulturbetriebes in den Griff zu bekommen. Desweiteren ist hinzuzufügen, daß der größte Zuwachs an Personal nicht unter Ulbricht erfolgte, sondern in der frühen Ära Honecker, als sich die Kulturpolitik scheinbar liberaler gab. Erst nach den Ereignissen um den 17. Juni 1953 wurde das Ministerium grundlegend reorganisiert. Wilhelm Zaisser stürzte, der für die innere Sicherung zuständige Apparat wurde umstrukturiert. In dieser Zeit entstanden erste Arbeitsgebiete, um Teilbereiche des kulturellen Lebens zu kontrollieren. Die Überwachung lief lange sporadisch und mit wenig Nachdruck ab. Künstler, die nach dem 17. Juni 1953 verpflichtet wurden, waren angehalten, Stimmungsberichte über die Bevölkerung zu liefern. Für die „schönen Künste“ interessierte sich die Staatssicherheit lange nicht. So sie nach Juni 1953 überhaupt in der Kulturszene operierte, standen Fragen zur politischen Zuverlässigkeit der dort beschäftigten Leitungskader an. Kulturpolitische Aspekte spielten keine Rolle.

Diese Thesen werden in folgenden Schritten untersucht. Zunächst wird die Aufbauphase des Ministeriums für Staatssicherheit und des Verantwortungsbereiches „Kultur“ erläutert, um die reorganisierte Struktur im Kulturbereich in einer zweiten Phase detailliert zu beschreiben. Schließlich wird die Periode der „versierten Kulturoffiziere“ (seit Mitte der sechziger Jahre) untersucht, um dann die Hochphase der Überwachung durch das MfS zu erläutern, die nach 1975 einsetzte. Diese Unterteilung einzelner Phasen verschiedener Restrukturierungen des Verantwortungsbereiches „Kultur“ soll die eingangs dargestellten Behauptungen anhand der Vorgehensweise des MfS erklä-

¹ Die Ergebnisse beruhen auf 3½ jährigen Recherchen, die die Verfasserin im Auftrag des BStU für die Dokumentation „Sicherungsbe-
reich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der DDR“ von Joachim Walther durchführte. Die Aussagen zur personellen Entwicklung basieren auf einer Analyse von Kaderakten zu 80 hauptamtlichen Mitarbeiter des Sicherungsbereiches „Kultur/Massenkommunikationsmittel“. Ausführlicher dazu siehe das Kapitel 2 der Verfasserin „Der Apparat“ in oben genannter Dokumentation, S. 140-267.

ren und verdeutlichen. Eine herausragende Bedeutung für die verschiedenen Phasen hat vor allem der Einfluß der Generationenwechsel innerhalb des MfS, weshalb er, neben den historischen Fakten, besondere Beachtung findet.

Erste Maßnahmen

Ende 1953 bildete sich aus den Abteilungen V und VI die HA V, der Vorläufer der berechtigten HA XX (Sicherung des „gesellschaftlichen Überbaus“), dem Kernstück der nach innen gerichteten Repression.² Für die Abteilung war Erich Mielke (geb. 1905) zuständig. Als Abteilungsleiter fungierten Bruno Beater (geb. 1914), Fritz Schröder (geb. 1915) und schließlich Paul Kienberg (geb. 1926). Letzterer amtierte von März 1964 bis Ende 1989. Obwohl ihm ab 1965 zwei Stellvertreter zur Seite standen, behielt er sich relevante Entscheidungen vor, die den kulturellen „Sicherungsbereich“ betrafen. Das Personal der HA V wuchs kontinuierlich, im Vergleich zur HA XX jedoch in weit geringerem Umfang. Als die Abteilung 1954 mit 139 Angestellten anfang, waren keine Mitarbeiter für den Kulturbereich darunter, wohl aber unter den 172 Beschäftigten, die 1962 dort arbeiteten. Für den Kulturbetrieb maßgeblich wurde die HA V/1, die für Ministerien, Verwaltungen und Einrichtungen des zentralen Staatsapparat verantwortlich war. Anfangs wechselten ihre Abteilungsleiter häufig. Ab Februar 1959 amtierte Rudolf Stange (geb. 1921) für längere Zeit. Sein Amtsantritt markiert insofern eine wichtige Zäsur, als sich mit ihm der „kulturelle Sicherungsbereich“ etablierte. Bei der HA V/1 existierten vier operative Referate mit jeweils drei

bis vier Hauptsachgebieten. Dafür sollten 27 Mitarbeiter eingestellt werden. Mit ersten „kulturoperativen“ Aufgaben hatten die Referate II und IV zu tun. Sie konzentrierten sich zum einen auf die staatlichen Organe zur Durchsetzung der Kulturpolitik der SED und zum anderen auf die Presse als Herrschaftsinstrument der Partei. 1955 war vorgesehen, dafür 12 Mitarbeiter abzustellen. Tatsächlich blieben zunächst 50% der Planstellen frei.³

Beim Referat II arbeitete nur der Leiter Karl Brosche (geb. 1926). Er war mit dem Ministerium für Kultur (MfK), seinen Hauptverwaltungen und diversen nachgeordneten Einrichtungen beschäftigt. Es gelang ihm bis Frühjahr 1958 nicht, im MfK einen Spitzel zu plazieren.⁴ Als im Herbst 1955 sämtliche Einrichtungen und technischen Bereiche des Rundfunks, des Films und der DEFA bei diesem Referat verankert wurden, traten weitere Mitarbeiter an. Darunter war Johannes Schindler (geb. 1935), der 1959 vorübergehend die Leitung übernahm. Die Probleme mit dem MfK löste er, indem er wichtigste Kontaktperson zwischen Staatssicherheit und Kulturministerium wurde.⁵ Damit war Anfang der sechziger Jahren ein Grundstein für die Beeinflussung und Unterwanderung des kulturellen Lebens gelegt. Das Referat IV war mit dem Leiter Werner Müller (geb. 1930) und vier operativen Mitarbeitern besser besetzt. Sie konzentrierten sich darauf, daß das Pressewesen parteilich blieb. Dafür kontrollierten sie 1955 neben verschiedenen Zeitungen das Presseamt der Regierung, die Zentrale Bildstelle, den Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN), den Presseverband und das Haus der Presse. Andere Aufgaben im Bereich Literatur und Dokumentation standen erst einmal hinten an. Die Schwerpunkte veränderten sich erst 1959, als die Referatsleitung wechselte.

² Vgl. Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, bearbeitet von Roland Wiedmann (= Anatomie der Staatssicherheit. MfS-Handbuch, hrsg. vom BStU, Abteilung Bildung und Forschung), Berlin 1995; Gill, David/Schröder, Ulrich: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991; Vollnhals, Clemens: Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaft, hrsg. vom BStU, Abteilung Bildung und Forschung, Berlin 1995.

³ Zu den folgenden Angaben vgl. Anlage zum Schreiben von Bruno Beater an die Abteilungen V der Bezirksverwaltungen vom 3. Januar 1955; BStU, ZA, DSt. 101551.

⁴ Vgl. BStU, ZA, AIM 11823/68, Bd. II/2, Bl. 79f.

⁵ Ebenda, Bd. II/4, Bl. 5.

In dieser Aufbauphase beschäftigten sich nur wenige Mitarbeiter längere Zeit mit „kulturoperativen“ Aufgabenstellungen, mancher trat aus dem Dienst für die Staatssicherheit aus. Ein Grund hierfür ist sicherlich das geringe Alter der meisten „Aktivisten der ersten Stunde“, die sich die operative Praxis erst aneignen mußten. Dafür waren sie zumindest z.T. persönlich an Theater, Musik oder Literatur interessiert. Sie stammten durchweg aus dem Proletariat. Da sie mit wenig Allgemeinbildung zur Staatssicherheit kamen und zuvor lediglich Erfahrungen in der industriellen Produktion gemacht hatten, waren sie in Gesprächen mit Intellektuellen und Künstlern oft gehemmt. Einige legten in schriftlichen Berichten deutliche Schwächen im Abstraktions- und Ausdrucksvermögen bloß. Es ist aus den Akten erkennbar, daß in dieser Periode die Staatssicherheit Verpflichtungen von „Kulturschaffenden“ hauptsächlich durchführte, um Informationsquellen und Kontaktpersonen in wichtigen Medieneinrichtungen und Kulturinstitutionen zu gewinnen. In einigen Fällen sollten Verbindungen zum Westen ausgenutzt werden. Nur in Ausnahmefällen wurden „Kulturschaffende“ geworben, um gegen einzelne Personen vorzugehen. Diese Funktion wurde erst in den sechziger Jahren bedeutungsvoll, als die personenbezogene Bearbeitung wichtiger und die Anforderungsprofile an die IM aus der Kunst- und Kulturszene entsprechend differenzierter wurden.⁶

Obwohl Kontrollmaßnahmen noch sehr begrenzt blieben, bildeten sich in der Frühphase wesentliche Grundlagen für eine umfassendere Überwachung des Kultur- und Medienbetriebes heraus. Einige frühe Prinzipien der kulturoperativen Praxis blieben bis zur Auflösung des MfS gültig. Das betraf sowohl inhaltliche Zielstellungen wie strukturelle Entscheidungen. Von Anbeginn griff das MfS über Institutionen, Arbeitsstellen und gesellschaftliche Organe in den Kulturbetrieb ein. Die freischaffenden, institutionell ungebundenen Künstler, die erst später in der DDR relevant wurden,

blieben anfangs von Observationen weitgehend verschont. Die personenbezogene Vorgangsarbeit setzte sich die „Liquidierung“ zum Ziel, d.h. die Verhaftung und strafrechtliche Verurteilung des Betroffenen. Obwohl das MfS in der Spätphase aus Rücksichtnahme auf die internationale Reputation der DDR im Kulturbetrieb mehr darauf aus war, mit subtilen Mitteln für die Verhinderung von Straftaten zu sorgen und von Verhaftungen eher absah, blieb die strafrechtliche Verfolgung als Leistungskriterium und Meßlatte für den operativen Erfolg wirksam. Inhaltlich bildeten sich zwei Schwerpunkte heraus, die die Arbeit bis zuletzt dominierten. Die Staatssicherheit konzentrierte sich auf breitenwirksame Medien („Massenkommunikationsmittel“). Dazu zählten das Pressewesen, der Rundfunk, das Fernsehen und der Film einschließlich aller vor- und nachgeordneten Einrichtungen und den besonders streng kontrollierten technischen Bereichen wie Sender, Studios, Produktionsräume und Übertragungswagen. Ab den mittleren siebziger Jahren wurden die „Kulturoffiziere“⁷ zusätzlich durch „Offiziere im besonderen Einsatz“ (OibE) verstärkt, die das MfS beim Rundfunk, Fernsehen und beim ADN plazierte. Andererseits beanspruchte der Staatssicherheitsdienst von vornherein, alle gesellschaftlichen Organisationen und bedeutenden Einrichtungen des Kulturbetriebes in den Griff zu bekommen. Dafür bürgerte sich der über die „schönen Künste“ hinausreichende Terminus „Kultur“ ein. Dazu zählten auch die populären Bereiche wie das Zirkuswesen oder die Organisationen der Volkskunst und der kulturellen Massenarbeit. Zeitweilig war das Filmwesen mit der DEFA ebenfalls bei der „Kultur“ verankert. In der Frühphase beschäftigte sich der Verantwortungsbereich weitgehend mit offiziellen Organen, denen die Leitung, Koordinierung und Planung der staatlichen Kulturpolitik oblagen. Eine her-

⁶ Vgl. Anm. 1.

⁷ Der Begriff könnte den falschen Eindruck erwecken, daß die Mitarbeiter des MfS im Geist der Kulturoffiziere der SMAD gewirkt hätten. Er wird hier verwendet, um eine linien-spezifische Zuordnung zu bezeichnen.

ausragende Stellung hatte von Anfang an das Ministerium für Kultur mit seinen diversen Hauptverwaltungen, Abteilungen und nachgeordneten Einrichtungen wie dem Staatlichen Tanzensemble der DDR, Spielstätten, Museen oder Ausbildungszentren. Die Berufsorganisationen für Künstler wurden erst später wichtig genommen. Für ästhetische Fragen interessierte sich der Staatssicherheitsdienst gar nicht. Da der Kulturbegriff des MfS sicherheitspolitisch akzentuiert war, wurden künstlerische Werke ausschließlich nach solchen Gesichtspunkten beurteilt. Zu dieser Frage äußerte sich die HA IX, das Untersuchungsorgan des MfS, Anfang der achtziger Jahre sehr prinzipiell: „Das MfS ist kein Kulturinstitut und die Mitarbeiter seines Untersuchungsorganes sind keine Kunstkritiker. Es geht - das ist besonders zu betonen - nicht darum, ob ein künstlerisches Produkt vom Inhalt und der Form, von der Themenwahl und Gestaltung her gefällt oder nicht - es geht in der Untersuchungstätigkeit ausschließlich um die objektive Einschätzung der rechtlichen Relevanz eines Gedichtes, eines Bildes.“⁸ „Kulturoffiziere“ hielten sich bei Beurteilungen von künstlerischen Werken ausgesprochen zurück. Dafür hatte die Staatssicherheit die HA IX, die zuständigkeitshalber rechtliche Einschätzungen erstellte. Später griff das Ministerium gerne auf sogenannte Experten-IM zurück (IME), die es ab Mitte der siebziger Jahre verstärkt unter Lektoren, Literatur-/ Kunstwissenschaftlern und -kritikern warb.⁹

Außer strafrechtlichen waren ideologische Kriterien entscheidend. Die Prinzipien bei der Beurteilung von Kunstwerken erläuterte Mielke 1972, als er zur kulturoperativen Praxis nach dem VIII. Parteitag Stellung nahm: „Aus politisch-operativer Sicht geht es doch häufig darum, mit zu beurteilen, in-

wieweit die Linie der Partei richtig durchgesetzt wird, welche abweichenden, welche feindlich-negativen Ideen, Auffassungen vertreten werden, inwieweit sich das in bestimmten Vorhaben, Werken usw. niederschlägt, inwieweit insgesamt der Sache des Sozialismus entgegenstehende oder abträgliche Entwicklungen erkennbar sind.“¹⁰ Da die „kulturoperative“ Praxis keine künstlerischen Komponenten kannte, brauchten „Kulturoffiziere“ nicht eigens geschult zu werden. Für sie galten die gleichen Funktionsmerkmale und Anforderungen wie für alle anderen operativ Beschäftigten im MfS. Oberstes Primat war Parteidisziplin. Mit der Kulturpolitik setzten sich die „Kulturoffiziere“ nur deshalb auseinander, weil sie Bestandteil der allgemeinen Bildungspolitik des MfS war. Dabei wurde danach gefragt, inwiefern Kulturpolitik der operativen Praxis nutzbar werden konnte. Im Einzelfall soll die Auseinandersetzung mit einigen „kulturtheoretischen Fragen“ geholfen haben, „die politisch-operative Arbeit qualifizierter und effektiver durchzuführen.“¹¹

Im gesamten Zeitraum konzentrierte sich der Staatssicherheitsdienst im Kultur- und Medienbetrieb auf sogenannte „Objekt-sicherungen“,¹² von den „Kulturoffizieren“ gelegentlich als „Objektbetreuungen“ wahrgenommen. Bis zur Auflösung scheute das MfS keine Anstrengung, um „Sicherheit, Schutz und Ordnung“ in allen zentralen staatlichen Organisationen und bedeutenden Einrichtungen durchzusetzen. 1955 standen bei der HA V/1 bereits 30 institutsmäßig zu sichernde „Objekte“ an,¹³

⁸ Vortrag der HA IX: Ausgewählte Grundsätze der Tätigkeit der Linie Untersuchung bei der vorbeugenden Aufdeckung, Verhinderung und Bekämpfung der gegnerischen Versuche zum Mißbrauch kultureller und künstlerischer Ausdrucksmittel; BStU, ZA, HA IX-327; Bl. 7.

⁹ Vgl. Anm. 1.

¹⁰ Referat des Genossen Minister auf der Dienstkonferenz vom 13. Juli 1972; BStU, ZA, DSt. 102217, S. 98.

¹¹ BStU, ZA, KS 4768/90, Bl. 83.

¹² Vgl. Dienstanweisung 3/69 „zur Organisierung der politisch-operativen Arbeit in den Bereichen der Kultur und Massenkommunikationsmittel“; BStU, ZA, DSt. 101073.

¹³ Vgl. Schreiben Oberst Bruno Beater an die Abteilungen V der Bezirksverwaltungen vom 3. Januar 1955; BStU, ZA, DSt. 101551.

1968 waren es 45,¹⁴ 1982 kontrollierte die Berliner Zentrale schließlich 57 „Sicherungsobjekte“.¹⁵ Dazu kamen zahlreiche „Objekte“, die in die territoriale Verantwortung der 15 MfS-Bezirksverwaltungen fielen. Eine herausragende Rolle hatte die Berliner Abteilung XX, die 1989 allein im Kulturbetrieb 43 „Sicherungsobjekte“ führte. Darunter befanden sich alle Ostberliner Theater, die meisten bedeutenden Belletristik-Verlage sowie alle freischaffenden Künstler und Schriftsteller, die in Ost-Berlin ansässig waren. Diese Ausweitung der Überwachung war nicht flächendeckend sondern nur als „Objektsicherung“ zu verstehen, was sowohl dem Prinzip der Schwerpunktarbeit wie auch dem Gebot der Differenzierung entsprach, das Mielke nach dem VIII. Parteitag hochhielt.¹⁶ Größere Beachtung sollte auch der Umstand erfahren, daß die Zahl der zur Verfügung stehenden IM nie ausreichte, um den Kulturbetrieb total zu überwachen bzw. zu unterwandern. Während es Hardlinern lieber gewesen wäre, wenn die Staatssicherheit alles unter Kontrolle gehabt hätte, setzten sich Praktiker für gemäßigte Positionen ein. Manfred Wild (geb. 1935), langjähriger Referatsleiter bei der Berliner Abteilung XX, wehrte in seiner Diplomarbeit unbotmäßige Kontrollen im „kulturellen Sicherungsbereich“ entschieden ab. Dabei übte er 1970 nicht nur an hypertrophen Ansprüchen Kritik, sondern auch an Mielkes Richtlinien für die kulturoperative Praxis, die gegebene Lagebedingungen verkanteten.¹⁷

In struktureller Hinsicht wurde in der Frühphase ebenfalls Grundlegendes festge-

legt. Obwohl fortlaufend neue Aufgaben und „Objekte“ hinzukamen, blieb der Beschluß aus dem Jahr 1955 lange gültig, die Kontrolle des Medien- und Kulturbetriebes mit zwei operativen Referaten durchzuführen. Eine Aufstockung erfolgte erst 1969 bei Einrichtung der „Linie XX/7“. Auch die Zuweisung der Aufgabenbereiche und Sachgebiete an beide Referate bildete sich damals in Ansätzen heraus. Sie erfolgte bis zuletzt nach dem Maßstab, ob ein „Sicherungsobjekt“ eher den „Massenkommunikationsmitteln“ oder eher der „Kultur“ zugehörte. Anfangs wechselten einzelne Sachgebiete mit ihren jeweiligen „Objekten“ noch häufig. Nach 1964 wurde nur noch das Sachgebiet „Film“ mit der DEFA und ihren Einrichtungen verschiedentlich ausgetauscht. Obwohl die Sachbearbeiter und deren IM bei jedem Wechsel mitgingen, blieben Umstellungsschwierigkeiten nicht aus.¹⁸

Der Verantwortungsbereich „Kultur“

Während die „Objekte“ bei den „Massenkommunikationsmitteln“ zwischen 1955 und 1989 relativ konstant blieben, blähte sich der Verantwortungsbereich „Kultur“ bis Mitte der siebziger Jahre enorm auf. Das hing weniger damit zusammen, daß die Staatssicherheit sukzessive auf alle Einrichtungen der bildenden und darstellenden Kunst, der Musik, des Theaters und der Literatur übergriff. Vielmehr war für den Ausbau entscheidend, daß die Partei vielfach neue Organe einrichtete, um ihren Einfluß im kulturellen Leben zu sichern. Infolgedessen kamen im Verlauf der Entwicklung hauptsächlich neu gegründete Institutionen zum Bereich hinzu. Der größte Zuwachs erfolgte nicht unter Ulbricht, sondern in der frühen Ära Honecker, als sich die Kulturpolitik scheinbar liberaler gab. Nach 1975 stagnierte die Anzahl der institutsmäßig zu sichernden „Objekte“ im Verantwortungsbereich „Kultur“. Daß die Arbeitsbelastungen hier trotzdem zunahmen, hing ausschließlich von Steigerungsraten bei den personenbezogenen Bearbeitungen in Form von OV und OPK ab. Als

¹⁴ Vgl. HA XX am 22. März 1968: Übersicht über die durch die HA XX bearbeiteten bzw. abgesicherten Objekte; BStU, BF-Dok. 12.

¹⁵ Vgl. BStU, ZA, HA XX/AKG 883, Bl. 2-30.

¹⁶ Vgl. Referat des Genossen Minister auf der Dienstkonferenz vom 13. Juli 1972; BStU, ZA, DSt. 102217.

¹⁷ Vgl. Wild, Manfred: Notwendigkeit, Zielsetzung und Methoden der vorbeugenden Bearbeitung ideologischer Feinde im Bereich Publizistik, Literatur und Kunst in Operativ-Vorläufen durch die Linie XX/7 (20. März 1970); BStU, ZA, JHS-GVS 11/70.

¹⁸ Vgl. Anm. 1.

Karl Brosche 1955 alleine verantwortlich war, führte der Verantwortungsbereich „Kultur“ 17 „Sicherungsobjekte“. Damals waren hauptsächlich offizielle Leitungs- und Lenkungsorgane betroffen.¹⁹ Allerhöchste Beachtung erfuhr das 1954 gegründete Ministerium für Kultur als zentrales Organ zur Planung, Leitung und Koordinierung aller kulturellen Prozesse. Überwacht wurden dessen Hauptverwaltungen für kulturelle Verbindungen zum Ausland, für Darstellende Kunst, Musik, Volkskunst, Bildende Kunst, Kulturelle Massenarbeit sowie die Hauptverwaltung für den künstlerischen Nachwuchs und die Lehrerausbildung. Außerdem waren Kontrollen in zahlreichen Einrichtungen vorgesehen, die dem MfK nachgeordnet waren: bei den Staatlichen Museen, der Hochschule für Musik, der Hochschule für angewandte Kunst (Kunsthochschule Berlin-Weißensee), dem Institut für angewandte Kunst und bei der Deutschen Konzert- und Gastspielliederektion mit ihren fünf Abteilungen für Organisation und Verbindungen zum Ausland, Darstellende Kunst, Musik, Kleinkunst, Varieté und für das Zirkuswesen. Von staatlichen Einrichtungen, die außerhalb des Verantwortungsbereiches des MfK lagen, wurden folgende „Objekte“ überwacht: das Museum für deutsche Geschichte (Zeughaus), die Anstalt zur Wahrung der Aufführungsrechte der Musik (AWA) und der Ausschuß für deutsche Einheit (1954-1965) mit seinem westdeutschen Dependenz, dem Kuratorium für gesamtdeutsche Fragen. Sogenannte „Westgegenobjekte“ führte der Verantwortungsbereich später nie mehr. Für das „Operationsgebiet“ waren die HV A, die HA II und die HA XX/5 zuständig. Für Einrichtungen, die keine ausdrückliche Funktion als staatliches Planungs- und Leitungsorgan hatten, interessierte sich die Staatssicherheit damals wenig. Diesbezüglich kontrollierte sie 1955 fünf „Objekte“: die Akademie der Künste, das Maxim-Gorki-Theater, das Theater der Freundschaft, das Berliner Ensemble und den Ver-

lag „Lied der Zeit“. Als einzige Berufsorganisation für Künstler führte der Verantwortungsbereich den Verband für Komponisten und Musikwissenschaftler mit der von ihm verwalteten Internationalen Musikbibliothek. Interessanterweise wurde auch der Kulturbund, der trotz Ausgliederung der Künstlerverbände weiter große Bedeutung für die kulturelle Entwicklung hatte, nicht überwacht. Die Staatssicherheit interessierte sich damals wegen der westdeutschen Teilnehmer nur für dessen gesamtdeutsche Tagungen.²⁰ Diskussionen über die „Erneuerung“ der Kultur fielen nicht in ihr Ressort.

1968 umfaßte der Verantwortungsbereich „Kultur“ bei der Berliner Zentrale bereits 35 „Sicherungsobjekte“,²¹ einschließlich des Sachgebietes „Film“ mit 10 Einrichtungen, das 1969 den „Massenkommunikationsmitteln“ zugeordnet wurde.²² Die Observation freischaffender Künstler, des Kulturbundes mit seinen Sektionen und fast aller Berufsverbände für Künstler gehörte mittlerweile dazu. Von den Künstlerorganisationen fehlte 1968 nur der Verband für Theaterschaffende, der 1966 gegründet worden war. Mit einer einjährigen Unterbrechung stand Referatsleiter Brosche dem Verantwortungsbereich „Kultur“ bis September 1969 vor. Nachfolger Peter Reinhardt (geb. 1932) zeigte - anders als die meisten „Kulturoffiziere“ - ausgeprägte kulturelle Ambitionen. Da ihm die „kulturoperative“ Arbeit nicht den Raum für seine kulturellen Interessen ließ, dachte er 1959 daran, den Staatssicherheitsdienst zu verlassen. Später engagierte er sich im Unterschied zu den anderen „Kulturoffizieren“ kulturell im MfS, etwa als Sprecher und

²⁰ Vgl. BStU, ZA, AS 30/55, Bd. 1, Bl. 8ff.

²¹ Vgl. HA XX am 22. März 1968, a.a.O.

²² Zu „Sicherungsobjekten“ im Bereich der DEFA gehörten: Hauptverwaltung Film im MfK, DEFA Außenhandel, DEFA Progreßfilm-Vertrieb, DEFA Kurzfilmstudios, DEFA Wochenschau- und Dokumentarfilm, DEFA Zentrales Kopierwerk, DEFA Zentralstelle für Filmtechnik, DEFA Studio für Synchronisation, Zentralvorstand der Film- und Fernseh-schaffenden und das Staatliche Filmarchiv mit dem Kino „Camera“.

¹⁹ Zu den folgenden Angaben vgl. Anlage zum Schreiben von Bruno Beater vom 3. Januar 1955, a.a.O.

Rezitator des Volkskunstensembles. Reinhardt leitete den Bereich bis Dezember 1983. Dann folgte Wolfgang Weller (geb. 1933), den noch im Oktober 1989 Hans-Jost Fromm (geb. 1949) ablöste. Den größten Zuwachs an „Sicherungsobjekten“ erfuhr der Verantwortungsbereich „Kultur“ zwischen 1968 und 1975. Mitte der siebziger Jahre zählte er 36 „Objekte“, elf mehr als 1968, obwohl er das Sachgebiet „Film“ 1969 abgegeben hatte.²³ Dafür wurden sechs „Kulturoffiziere“ beschäftigt, deren Aufgabengebiete entsprechend strukturiert und weitgehend abgegrenzt waren: 1) das MfK als staatliches Planungs- und Leitungsinstrument, 2) der Bereich der bildenden Kunst (mit Körperschaften, Massenorganisationen, dem Ausstellungswesen und Kunsthandel), 3) die Bereiche der darstellenden Kunst und Unterhaltungskunst, 4) das Verlagswesen und 5) der Literaturbetrieb. Das MfK behielt damit seinen herausragenden Stellenwert. Der zuständige Mitarbeiter bearbeitete 1975 die Hauptabteilung Internationale Beziehungen mit den Abteilungen UNESCO und UNO, die Abteilungen Information und Dokumentation, Kader und Bildung, Ökonomie, die Rechtsstelle, die Wissenschaftliche Prognosestelle, die VS Hauptstelle und die Allgemeine Verwaltung. Außerdem kontrollierte er diverse MfK-Fachabteilungen (für Theater, Musik, bildende Kunst/Museen, Kulturhäuser/Klubs, das Volkskunstschaffen und schulische Einrichtungen) und folgende Nachfolgeeinrichtungen des MfK: das Zentrum für Internationale Verbindungen (mit seinen Gästehäusern), das Institut für Kulturbauten und den Zentralen Bühnenachweis. Zum Bereich Kunst gehörte die Akademie der Künste, der Zentralvorstand des Verbandes für bildende Künstler (mit 1978 rund 4200 Mitgliedern), der Bundesvorstand des Kulturbundes mit 12 Fachsektionen, die URANIA und der staatlichen Kunsthandel der DDR (VEH Bildende Kunst und Antiquitäten seit 1974) mit bedeutenden Beziehungen zum Westen (1989

drei Millionen Devisen-Einnahmen) sowie dem internationalen Ausstellungszentrum und der „Galerie ARKADE“, die seit 1973 existierte. In den Bereich darstellende Kunst/ Unterhaltungskunst fielen 1975 der Verband der Theaterschaffenden mit dem Internationalen Theaterinstitut (Zentrum für Theaterdokumentation und -information), der Verband der Komponisten und Musikwissenschaftler mit der Internationalen Musikbibliothek in Berlin und dem Verlag Neue Musik (Musikverlag der DDR), die Musik-Fachzeitschriften „Melodie“ und „Rhythmus“ und weitere Einrichtungen, die dem MfK zugeordnet waren: das Komitee für Unterhaltungskunst (1973 gegründet), die Künstleragentur der DDR, das Staatliche Tanzensemble und der Staatszirkus der DDR. Der für das Sachgebiet „Literatur“ zuständige Mitarbeiter bearbeitete den Zentralvorstand des Schriftstellerverbandes und alle wichtigen Kultur- und Literaturzeitschriften der DDR („Neue Deutsche Literatur“, „Sonntag“, „Sinn und Form“ und „Weimarer Beiträge“). Da Verlags- und Lizenzgeschäfte Mitte der siebziger Jahre boomten und Veröffentlichungen im Ausland infolge des Entspannungsprozesses zunahmen, waren die Sicherheitsvorkehrungen im Verlagswesen inzwischen verschärft worden. Im Unterschied zu den anderen Aufgabenbereichen waren hierfür zwei „Kulturoffiziere“ zuständig. Sie kontrollierten neben dem Aufbau-Verlag und dem Verlag Volk und Welt hauptsächlich Sachbuch-Verlage: Volk und Wissen, Verlag der Wissenschaften, Verlag der Wirtschaft, Verlag Volk und Gesundheit, Landkartenverlag und „Seven Seas Publishers“ in Berlin. Außerdem waren sie für die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im MfK und das Büro für Urheberrechte zuständig, das seit 1956 dem MfK unterstellt war und 1966 zur Kontrollinstanz umfunktioniert wurde, um auf Veröffentlichungen von DDR-Autoren im Ausland Einfluß zu nehmen.

Neben den institutsmäßig zu sichernden „Objekten“, die sich in 20 Jahren verdoppelten, stiegen ab den sechziger Jahren auch Schwerpunkte und Vorgänge im

²³ Zu den folgenden Angaben vgl. HA XX/7 am 17. Juli 1975: Veränderung der Struktur der HA XX/7; BStU, ZA, HA XX-Bdl. 1769.

Rahmen der „personenbezogenen Bearbeitung“ stetig an. Republikweit führte das MfS 1968/69 im Verantwortungsbereich „Kultur“ 13 Operative Vorgänge und 40 operative Vorläufe, die überwiegend darstellende (13) und bildende Künstler (11) betrafen.²⁴ 1975 umfaßte der Verantwortungsbereich bei der Berliner Zentrale schließlich dermaßen viele Teilaufgaben, daß der Abteilungsleiter eine Umstrukturierung und zusätzliches Personal forderte. Wenige Tage vor Ratifizierung der KSZE-Schlußakte von Helsinki brachte er den Vorschlag ein, für die „Kultur“ zwei Referate einzurichten und die Sachgebiete neu zu ordnen.²⁵ Reformen erfolgten nicht, die Belastungen sollten sich 1976 noch verschärfen. Personell wurde der Bereich erst in den achtziger Jahren verstärkt. Ende 1989 waren hierfür elf „Kulturoffiziere“ tätig.

Der Zugriff

1956/57 baute die Staatssicherheit die Kontrollen im Kulturbetrieb aus. Anlaß dafür gaben die Reformbewegungen in Ungarn und Polen und Ereignisse in der DDR wie der politische Diskussionskreis um Wolfgang Harich, Walter Janka und Gustav Just. Auch die Kritik der Leipziger Professoren Ernst Bloch und Hans Mayer und die Flucht von Alfred Kantorowicz im August 1957 erregten die Aufmerksamkeit der Partei.²⁶ Sie befürchtete „ungarische Zustände“.²⁷ Daraufhin setzten die Bezirksverwaltungen des MfS ebenfalls Ermittlungen im Kultur- und Kunstbetrieb in Gang. Eigene Referate bildeten sich dort freilich erst Ende 1969 beim Aufbau der „Linie XX/7“. Einen entscheidenden Anstoß gab der Machtwechsel von Ernst Wollweber zu Erich Mielke im Oktober 1957. Daß Mielke schärfere Überwachungen anwies, war zweifelsohne von seinem Mißtrauen gegen

Intellektuelle und Künstler mitbestimmt. Mielke sprach der „wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz“ Klassenbewußtsein schlechterdings ab. Er meinte, bei ihnen „Rudimente alter bürgerlicher Denk- und Lebensgewohnheiten“ zu erkennen, und hielt sie für labil und leicht beeinflussbar.²⁸ Auch viele „Kulturoffiziere“ hingen derartigen Vorurteilen und Klischees nach. Sie sahen die Künstler als eitel, überheblich und geltungsbedürftig, egozentrisch, eigenbrödlerisch und eigenwillig, geschwätzig, materiell stark interessiert, bohémehaft mit unmoralischer Lebensweise, sexuellen Ausschweifungen und übermäßigem Alkoholkonsum.²⁹ Daß „Kulturoffiziere“ gegen Künstler und Intellektuelle voreingenommen waren, zahlte sich in der kulturoperativen Praxis aus, wo Unparteilichkeit und Toleranz nicht gefragt waren.

Nach 1957 wurden erst einmal die Kontrollen bei den „Massenkommunikationsmitteln“ verstärkt. Infolge zunehmender Verbreitung war auch der Bereich des Fernsehens betroffen. Der Verantwortungsbereich „Kultur“ ging bisher vernachlässigte Aufgaben an und nahm neue in Angriff. Die Staatssicherheit knüpfte erste profitable Beziehungen zum Ministerium für Kultur. Einige Verlage gerieten ins Visier, mit dem Aufbau-Verlag war erstmals ein belletristischer Verlag betroffen. Kontinuierlich bearbeitete das MfS Belletristik-Verlage erst ab den siebziger Jahren. Die Arbeit auf der „Linie Schriftsteller“ setzte ein. Im zentralen Schriftstellerverband wurden die ersten Kontaktpersonen „Steps“, „Harriet“ und „Hannes“ aufgebaut. Im Mai 1957 legte die Staatssicherheit den Objektvorgang „Deutscher Schriftstellerverband“ an, den sie 1975 vernichtete. Wie bei allen anderen „Linien“ im „kulturellen Sicherungsbereich“ liefen die Kontrollen im Literaturbe-

²⁴ Vgl. HA XX/AKG 804, Bl. 197f.

²⁵ HA XX/7 am 17. Juli 1975 a.a.O.

²⁶ Vgl. Analyse der Feindtätigkeit innerhalb der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz [1958]; BStU, ZA, DSt. 102107.

²⁷ Vgl. Hager, Kurt: Erinnerungen, Leipzig 1996, S. 217ff.

²⁸ Dienstanweisung 3/69 vom 18. Juni 1969; BStU, ZA, DSt. 101073, S. 2.

²⁹ Vgl. Paroch, Benno: Das Wirken der politisch-ideologischen Diversion unter Kunst- und Literaturschaffenden und die politisch-operative Klärung der Frage „Wer ist wer?“ unter diesen Personenkreisen (Juli 1969); BStU, ZA, HA XX 1513.

trieb punktuell an. Anfangs waren die Ergebnisse auch deshalb wenig ertragreich, weil der Staatssicherheitsdienst auf allen Ebenen personelle Probleme hatte.³⁰ Der institutionelle Zugriff verlangte von operativen Mitarbeitern und Referatsleitern erhöhte Aktivitäten. Entsprechend wurden beide Verantwortungsbereiche der Berliner Zentrale personell verstärkt. In der Etappe nach 1957 traten Mitarbeiter an, die sich den Titel „Kulturoffizier“ insofern verdienten, als sie teilweise bis zur Auflösung der Staatssicherheit „kulturoperativ“ tätig blieben. Da sie alle qualifizierter und erprobter waren, nahm die Praxis allmählich professionelleren Charakter an. Zur gleichen Zeit erhöhten sich die Leistungsanforderungen im MfS. 1959 wurde Referatsleiter Müller abgelöst, Leiter Brosche zur Fortbildung delegiert. Die neuen Referatsleiter Benno Paroch (geb. 1932, ab 1975 erster Stellvertreter Kienbergs) und Johannes Schindler setzten sich für effektivere Kontrollen im Kultur- und Kunstbetrieb ein.

Der Mauerbau im August 1961 trug erheblich zur repressiven Entwicklung im Kulturbetrieb bei. Obwohl sich die Partei Anfangs liberaler gab, forcierte der Staatssicherheitsdienst die Überwachung von Personen. Erste Verdachtsmomente tauchten auf, daß sich im Kulturbetrieb ein „politischer Untergrund“ gebildet hätte. Der Verantwortungsbereich „Kultur“ richtete 1963 dafür ein eigenes Sachgebiet ein, um die Werbung von Künstlern für das MfS voranzubringen und die Vorgangsarbeit gegen Verdächtige aus der Kulturszene zu intensivieren. Mit zunehmenden Sicherheitsvorkehrungen verstärkten sich beide Verantwortungsbereiche personell. Zwei Jahre

nach dem Bau der Mauer wurde anvisiert, die HA V zu reorganisieren, um schlagkräftiger vorzugehen. Im September 1963 gab Mielke dafür die prononcierte Lösung: „Wir müssen ‘schwer(e) Artillerie’ sein, ‘Atomgeschosse’ müssen wir sein in der Sicherheit, zur Lösung unserer Aufgaben.“³¹ Die HA XX wurde im Frühjahr 1964 mit 166 Mitarbeitern gegründet. Darunter waren 12 „Kulturoffiziere“. Während sich das Personal der Hauptabteilung bis 1968 um mehr als 20% auf 204 steigerte, blieb die Anzahl der „Kulturoffiziere“ trotz steigender Anforderungen konstant. Mit „kulturoperativen Aufgaben“ hatten die Referate II („Kultur“) und III („Massenkommunikationsmittel“) der HA XX/1 zu tun. Den Referaten standen der „Aktivist“ Karl Bosche („Kultur“) und der bewährte Johannes Schindler vor. Letzteren löste 1965 Wolfgang Reuter (geb. 1936) ab, der 1981 Leiter der HA XX/9 wurde.

Die Periode der versierten „Kulturoffiziere“ war gekommen: Ab 1964/65 traten mehrheitlich Mitarbeiter mit Abitur oder dem Abschluß einer Polytechnischen Oberschule an. Sie waren deutlich älter als die „Aktivisten der ersten Stunde“ (1968 durchschnittlich 35 Jahre alt) und lebenserfahrener. Mit dem „operativen Dilettantismus“ der fünfziger Jahre war es vorbei. Alle wiesen operative Erfahrungen von der „Linie V“ bzw. „XX“ vor. Manchem eilte der Ruf voraus, „Best-Arbeiter“ zu sein, weil er Verhaftungen ermöglicht hatte. Ihre Hemmungen und Minderwertigkeitskomplexe hatten die „Kulturoffiziere“ längst abgelegt. Ihre Kaderakten heben regelmäßig ihre besonderen Fertigkeiten im Umgang mit den IM hervor. Neben einer starken Internalisierung von „tschekistischen“ Verhaltensnormen wie Ehrgeiz, Einsatzbereitschaft, Härte, Disziplin und Selbstdisziplin zeichneten sie sich durch einen ausgeprägten politisch-ideologischen Dogmatismus und den unbedingten Glauben an die Partei und den Auftrag der Staatssicherheit aus. Anders als bei den „Veteranen“ sind bei

³⁰ Noch 1962 hieß es in einem Auskunftsbericht der Bezirksverwaltung Potsdam über den Verlauf einer zehnjährigen inoffiziellen Zusammenarbeit mit einem DDR-Autoren: „In der Arbeit mit dem GI war ein häufiger Wechsel von Mitarbeitern und es ist dadurch nie zu einer guten kontinuierlichen Zusammenarbeit gekommen. Einerseits lag das daran, daß das Problem der Schriftsteller nur von Zeit zu Zeit ein Schwerpunkt war und der GI nur dann aufgesucht wurde.“ BStU, ZA, AIM 11229/81, Bd. I/1, Bl. 98.

³¹ Diskussionsbeitrag des Genossen Mielke auf der theoretischen Konferenz am 27. September 1963; BStU, ZA, SdM 1420, Bl. 284.

ihnen keine Probleme mit Selbstverständnis und Praxis des Staatssicherheitsdienstes zu erkennen.³²

Die Hauptabteilung XX/7

Am Ende des Jahrzehnts waren derart hohe Forderungen gestellt, daß organisatorische Konsequenzen mit dem Ziel einer umfassenderen Überwachung geboten schienen. Die SED war wieder zum „harten Kurs“ übergegangen. Die Verantwortung für die Kulturpolitik wurde 1963 Kurt Hager übertragen, der die Existenz einer einheitlichen deutschen Kulturnation bestritt. Das „Kahlschlag“-Plenum im Dezember 1965 wies Künstlern und Kulturschaffenden rigorose Schranken.³³ Ulbricht proklamierte die „sozialistische Menschengemeinschaft“. Obwohl Honecker sie 1971 sofort verabschiedete, lebte das volkspädagogische Konzept mit seinen bigotten und kleinlichen Moralvorstellungen im MfS fort. Der VII. Parteitag leitete 1967 das „entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus“ ein, er wies Kunst und Kultur eine noch wichtigere Bedeutung als ideologischer Schrittmacher zu. Bei der Staatssicherheit setzte sich die These durch, daß Fragen der Kultur Machtfragen waren.³⁴ Ab sofort gerieten die „schönen Künste“ stärker ins Visier.

Auf die Politik des „Wandels durch Annäherung“ reagierte die SED unter Zuhilfenahme der Doktrin von der divergenten kulturellen Entwicklung und des Dogmas von der sozialistischen Nationalkultur mit Abgrenzung. Mit den Auswirkungen der deutsch-deutschen Annäherung (Grundlagenvertrag 1972) und des europäischen Entspannungsprozesses (Helsinki 1975) erwuchs dem Staatssicherheitsdienst im Kulturbetrieb primär die Aufgabe der Abschottung gegenüber dem Westen. Wäh-

rend der SED-Staat die Entwicklung durch Verträge ratifizierte, mußte das MfS im Inneren dem Prozeß dadurch entgegensteuern, daß es den Kultur- und Informationsaustausch mit dem Westen eindämmte. Der Kampf gegen die „gegnerische Kontaktpolitik/-tätigkeit“ war in den siebziger Jahren Ursache für zunehmende Repressionen gegen Künstler. Dabei traten zeitweilig sogar Fragen der inneren Sicherheit zurück.³⁵ Die Prozesse in der CSSR beschleunigten die repressive Entwicklung. Die HA XX erstellte nach dem Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen in Prag eine zusammenfassende Analyse zur Lage im Medien- und Kulturbetrieb der DDR.³⁶ Dabei arbeitete sie heraus, daß viele Künstler und Kulturschaffende, bis hin zu Leitungskadern in gesellschaftlichen Organisationen, mit Vorstellungen des Prager Frühlings sympathisierten und offen gegen die Politik der SED und die Intervention in der CSSR eintraten. Aufgrund der traumatischen CSSR-Erfahrungen zog die SED-Kreisleitung im MfS im Dezember 1968 den Schluß, daß der Klassenfeind „bei der Organisation der Konterrevolution [...] immer von dem scheinbar unpolitischen Bereich der Kunst ausgeht“.³⁷ Umfassende Maßnahmen durften schon deshalb nicht aufgeschoben wer-

³² Vgl. Anm. 1.

³³ Adge, Günter (Hrsg): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin 1991.

³⁴ Vgl. Paroch, Benno: Die feindlichen Angriffe im Bereich von Kunst und Literatur. Diskussionsbeitrag auf der Kreisleitungssitzung am 12. Dezember 1968; BStU, ZA, SED-KL 197, Bl. 560-566.

³⁵ Dazu ein beispielhafter Vermerk, den die HA XX ein gutes halbes Jahr vor Wolf Biermanns Ausbürgerung fertigte: „Biermann ist vor allem durch die ständige Aufwertung, das permanente Hochspielen seitens westlicher Massenmedien und Presseorgane, weniger durch seine Verbindungen und Aktivitäten im inneren der DDR, von politisch-operativem Interesse.“ HA XX am 8. April 1976: Zu einigen Problemen des feindlichen Wirkens unter Kulturschaffenden, der medizinischen Intelligenz und anderen Intellektuellen sowie zur Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit unter jugendlichen und studentischen Personkreisen; BStU, ZA, HA XX/AKG 779, Bl. 260.

³⁶ Zu den folgenden Angaben vgl. HA XX am 24. Januar 1969: Bericht über die politisch-operative Lage in den Bereichen der Kultur und Massenkommunikationsmittel in den Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik; BStU, ZA, HA XX/AKG 804, Bl. 1-266.

³⁷ Paroch, Benno am 12. Dezember 1968, a.a.O., Bl. 560.

den, weil der Bericht Sicherheitsvorkehrungen im Kulturbetrieb bemängelte.³⁸ Er zeigte Schwachstellen im IM-Bestand auf. 1968/69 agierten republikweit 496 Spitzel in der Medien- und Kulturszene. Großen Bedarf meldete die HA XX für die Berliner Abteilung XX an, die nur 35 IM hatte. Besonders fehlten ihr IM zur Überwachung von Schriftstellern, Journalisten und der Kunst- und Fachhochschulen in Berlin. Besser waren die MfS-Bezirksverwaltungen Dresden (128 IM), Rostock (98 IM) und Potsdam (60 IM) versorgt.

Am 18. Juni 1969 erließ Erich Mielke den Befehl 20/69, der seit einigen Monaten in Bearbeitung war. Er wies den Aufbau der „Linie XX/7“ für die „Sicherung“ der Bereiche „Kultur“ und „Massenkommunikationsmittel“ an.³⁹ Die HA XX/7 entstand im September 1969. Die nachgeordneten Dienststellen, die Referate 7 bei den Abteilungen XX der Bezirksverwaltungen des MfS, bildeten sich etwas später. Die am selben Tag erlassene Dienstanweisung 3/69 „zur Organisierung der politisch-operativen Arbeit in den Bereichen der Kultur und Massenkommunikationsmittel“ enthielt Arbeitsvorgaben.⁴⁰ Sie blieben bis zur Auflösung des Staatssicherheitsdienstes gültig. Obwohl Praktiker Kritik an ihr übten, ließ Mielke keine Modifikationen zu. Stattdessen hielt er „Kulturoffizieren“ wiederholt vor, daß sie die Dienstanweisung nicht korrekt umsetzen würden.⁴¹ Inhaltlich änderte sich nichts. Als Mielke eine umfassendere Überwachung anordnete, war der institutsmäßige Zugriff auf den Kultur- und Medienbetrieb längst erfolgt. Mielke benannte im Juni 1969 weder andere Schwerpunkte, noch weitere „Sicherungsobjekte“. An der Arbeitsteilung „Massenkommunikationsmittel“/„Kultur“ hielt er strikt fest. Rundfunk, Fernsehen, Film und Presse mit allen vor-, nach- und beigeordneten Organen

einschließlich der Technik sollten Schwerpunkte bleiben. Für die „Kultur“ nannte Mielke verschiedene Überwachungsschwerpunkte: die Schriftsteller und ihren Verband, das Verlagswesen, den Buchhandel, Druckereien und Ausbildungsstätten im Bereich, gesellschaftliche und staatliche Organisationen der bildenden, darstellenden und unterhaltenden Kunst und Einrichtungen der kulturellen Massenarbeit (Volks- und Laienkunst, Kultur- und Klubs in Städten, Gemeinden und Betrieben, wovon 861 in der DDR 1989 existierten).⁴²

In struktureller und in personeller Hinsicht erfolgten weitgehende Veränderungen.⁴³ Aus zwei kulturoperativen Referaten der HA XX/1 wurden bei der HA XX/7 vier. Der großen Bedeutung, die die „Massenkommunikationsmittel“ hatten, trugen ab sofort zwei Referate Rechnung: Referat I war für das Fernsehen, den Rundfunk und den Film zuständig; Referat III bearbeitete das Pressewesen. Das Referat IV berücksichtigte den hohen Stellenwert, den Personenüberwachungen inzwischen hatten. Es betrieb ausschließlich Vorgangsarbeit gegen Künstler und „Kulturschaffende“. Hier arbeiteten vorzugsweise „Kulturoffiziere“, die besonders offensiv vorgingen. Im aufgeblähten Verantwortungsbereich „Kultur“ änderte sich 1969 nichts. Es blieb bei der Festlegung, daß ein Referat für disparate Aufgaben zuständig war. Zur neuen Abteilung bei der Berliner Zentrale gehörten ein Leiter und sein Stellvertreter, eine Arbeitsgruppe Auswertung und ein Sekretariat, in dem traditionell von Anfang an Frauen beschäftigt wurden. Die Anzahl der „Kulturoffiziere“ verdoppelte sich fast; 20 traten bei der HA XX/7 an. Als Leiter amtierte der 41jährige Heinz Müller, dessen Führungsqualitäten besonders geschätzt wurden. Sein Stellvertreter wurde der 43jährige Karl Brosche. Die vier Referatsleiter brachten „kulturoperative“ Erfahrungen von der HA XX/1 mit. Günter Lohr (geb. 1930) war für die Vorgangsarbeit verantwortlich (Re-

³⁸ HA XX am 24. Januar 1969, a.a.O.

³⁹ Vgl. BStU, ZA, DSt. 106590.

⁴⁰ Vgl. BStU, ZA, DSt. 101073.

⁴¹ Vgl. Referat des Genossen Minister auf der Dienstkonferenz vom 13. Juli 1972; a.a.O.

⁴² Vgl. Dienstanweisung 3/69; a.a.O.

⁴³ Zu den folgenden Angaben vgl. Anm. 1.

ferat IV), Wolfgang Reuter für die Presse (Referat III), Peter Reinhardt für die „Kultur“ (Referat II) und Günter Pirschel (geb. 1928) für Fernsehen, Rundfunk und Film (Ref. I). Da sich die HA XX/7 schwerpunktmäßig um die „Sicherheit“ in den Massenmedien kümmerte, konzentrierte sie sich sowohl bei der Vorgangsarbeit als auch bei der Werbung von IM bis zuletzt auf diese Bereiche. Im Oktober 1972 verzeichnete die Abteilung 271 Spitzel, die mehrheitlich im Medienbetrieb agierten.⁴⁴ Danach nahmen die Zahlen der IM nicht wie erwartet zu. Heinz Müller wurde deshalb verschiedentlich zum Rapport zu Paul Kienberg zitiert.⁴⁵ Ein Großteil seiner Mitarbeiter war uneffektiv. 1975 hatten zehn „Kulturoffiziere“ keine erfolgreiche Neuwerbung durchgeführt, weshalb die Abteilung erheblich unter dem Plansoll blieb.⁴⁶ Am Jahresende registrierte sie 379 IM. 1976 räumte die HA XX/7 ein, daß der Verantwortungsbereich „Kultur“ nicht gesichert sei. Ihr fehlten IM bei der Akademie der Künste, unter Unterhaltungskünstlern, Theater-, Film- und Fernsehschaffenden, unter Regisseuren, Autoren, Verlagsmitarbeitern, -lektoren und -leitern, unter Journalisten, Kunstkritikern und Literaturwissenschaftlern.⁴⁷ Den IM-Stand von Dezember

1975 erreichte die Abteilung nicht mehr. Ende 1989 führte sie ca. 350 IM.⁴⁸

Die *Hochphase der Überwachung* setzte nach 1975 ein. Der Partei war daran gelegen, die innenpolitischen Auswirkungen des „Tauwetters“ nach dem VIII. Parteitag auf die Künstler und die Folgen des vereinbarten Informations- und Kulturaustausches mit dem Ausland in Griff zu bekommen.⁴⁹ 1975/76 traten eine Reihe neuer Verordnungen in Kraft, die die Zensur verschärfen und die Auslandsbeziehungen reglementierten.⁵⁰ Wenige Tage nach Ratifizierung der KSZE-Schlußakte von Helsinki ordnete Mielke eine stärkere Überwachung aller Personen an, die ihm bei Liberalisierung menschlicher Kontakte politisch-ideologisch gefährdet schienen. Dazu gehörten besonders „Kultur- und Geistes-schaffende“.⁵¹ Da die internationale Reputation der DDR nicht leiden sollte, wurden Skandale möglichst vermieden. Deshalb gewannen subtile Formen der Einflußnahme und perfide „Zersetzungsmethoden“ im MfS an Bedeutung. Sie waren so angelegt, daß sie zu Differenzierung, Mißtrauen,

⁴⁸ Vgl. Gill/Schröter, a.a.O.

⁴⁹ Vgl. Bamer, Wilfried et.al. (Hrsg.): Geschichte der deutschen Literatur von 1945 bis zur Gegenwart, München 1994; Emmerich, Wolfgang: Kleine Literaturgeschichte der DDR. Erweiterte Neuauflage, Leipzig 1996; Glaebner, Gert-Joachim (Hrsg.): Die DDR in der Ära Honecker. Politik - Kultur - Gesellschaft, Opladen 1988; Grunenberg, Antonia: Der Aufbruch der inneren Mauer. Politik und Kultur in der DDR 1971 - 1989, Bremen 1990; Jäger, Manfred: Kultur und Politik in der DDR 1945 - 1990, Köln 1995; Zipser, Richard A.: DDR-Literatur im Tauwetter. Wandel - Wunsch - Wirklichkeit. 3 Bde., Bern/New York 1985.

⁵⁰ Vgl. die Verordnung über die Lizenz- und Zulassungspflicht im Filmwesen, die Anordnung über die Meldung ausländischer Literatur an den Zentralkatalog und die Anordnung Nr. 2 über das Genehmigungsverfahren für die Herstellung von Druck- und Vervielfältigungszeugnissen.

⁵¹ Vgl. Erich Mielke am 6. August 1975 an die Leiter HV A, Hauptabteilungen/selbstständige Abteilungen, Bezirksverwaltungen/ Verwaltungen für Staatssicherheit; BStU, ZA, DSt.102064.

⁴⁴ Vgl. HA XX am 16. Oktober 1972: Bericht zur Überprüfung des Standes bei der Realisierung der Aufgabenstellung zur operativen Personenaufklärung (OPA) und zur operativen Personenkontrolle (OPK) im Rahmen des Klärungsprozesses 'Wer ist wer?' in der HA XX/7. Anhang zur Anlage 2; BStU, ZA, HA XX 413, Bl. 5f.

⁴⁵ Vgl. HA XX/7 am 4. November 1975: Berichterstattung des Leiters der HA XX/7 beim Leiter der HA XX über Leitungsprobleme zur Qualifizierung und Erweiterung des IM-Netzes; BStU, ZA, HA XX 208.; Hauptabteilung XX/7 am 28. Februar 1977: Ergänzung zur Jahresanalyse über die Ergebnisse der politisch-operativen Arbeit im Jahr 1976; BStU, ZA, MfS-HA XX-208, [MfS-Zählung], S. 5.

⁴⁶ Vgl. HA XX/AIG am 4. März 1976: Auszug aus dem statistischen Bericht zur Entwicklung der IM-Arbeit im Jahre 1975. Mit einer Anlage zur Situation bei der HA XX/7; BStU, ZA, HA XX 208.

⁴⁷ Ebenda, S. 1f.

Spaltung und letztlich zur Selbstaflösung („Neutralisierung“) der feindlichen Position bzw. Gruppierung führen sollten.⁵² Die repressive Entwicklung verfestigte sich nach dem breiten und international Aufsehen erregenden Protest gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns aus der DDR im November 1976.⁵³ Erstmals sah sich die Staatssicherheit vor die Aufgabe gestellt, eine breite Protestbewegung von Künstlern und Schriftstellern zu „zerschlagen“. Allein auf der „Linie Schriftsteller“ erhöhten sich die Operativen Vorgänge (OV) zwischen 1974 und 1977 republikweit von acht (1974)⁵⁴ auf 31 (1976/77).⁵⁵ Bei der HA XX/7 stiegen die OV im Literaturbetrieb in diesem Zeitraum von drei auf neun. Ähnliche Aktivitäten dürften den bildenden und darstellenden Künstler gegolten haben, für die die HA XX/7 ab 1974/75 neue operative Schwerpunkte entwickelte.⁵⁶

Die Prozesse setzten bei der HA XX/7 umfassende Struktur- und Personalveränderungen in Gang.⁵⁷ Weiteres Personal erhielt der Verantwortungsbereich „Massenkommunikationsmittel“ und das Referat IV, das inzwischen alle Schwerpunktvorgänge der „Linie XX“ führte (gegen Rudolf Bahro, Wolf Biermann, Robert Havemann und Stefan Heym). Danach erfolgten weitreichende Umstrukturierungen, die wegen des

in Helsinki vertraglich vereinbarten Informations- und Kulturaustausches notwendig erschienen. Im Januar 1976 wurde das Referat IV mit allen IM- und vorgangsführenden Mitarbeitern ausgegliedert. Daraus entstand der Vorläufer der 1981 gebildeten HA XX/9, die Operativ-Gruppe der HA XX (HA XX/OG). Sie führte die Schwerpunktvorgänge der „Linie XX“ fort und konzentrierte sich Zeit ihrer Existenz auf die Bearbeitung von Personen, die Verbindungen zum Westen hielten und in der Bundesrepublik Öffentlichkeit und Resonanz hatten. 1980 überwachte sie 36 Personen in OV. 14 der Verdächtigten stammten aus dem DDR-Kultur- und Medienbetrieb.⁵⁸ Die HA XX/7 arbeitete danach mit stark eingeschränkten Kapazitäten. Neben den sechs Mitarbeitern und den 76 IM von Referat IV⁵⁹ gab sie an die Operativ-Gruppe ihren Abteilungsleiter Heinz Müller ab. Karl Brosche übernahm seinen Posten, ab Dezember 1987 leitete Joachim Tischendorf die HA XX/7. Außerdem blieben der Abteilung ab Januar 1976 nur drei Referate; zwei für die „Massenkommunikationsmittel“, eines für die „Kultur“. Umstrukturierungen in den Verantwortungsbereichen, Personalveränderungen, vor allem auf Leitungsebene, und einige neue Kader waren die Folge. Der Bereich „Kultur“ wurde insofern entlastet, als das Sachgebiet „Verlagswesen“ zu den „Massenkommunikationsmittel“ kam.

Die letzten Umstrukturierungen vor Auflösung des MfS erfolgten 1978⁶⁰: der Verantwortungsbereich „Kultur“, der seit 1955 nicht reformiert worden war, wurde reorganisiert. Die Maßnahmen trugen dem gewachsenen Widerstand im Literaturbetrieb infolge des VIII. Parteitages und vor allem dem Umstand Rechnung, daß DDR-Literatur im Westen großes Echo fand und Verlags- und Lizenzgeschäfte boomten. Das Referat IV entstand neu, um die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im MfK, das Büro für Urheberrechte, zwei

⁵² Vgl. Nohl, Peter/Pönig, Rolf: Die Neutralisierung negativer politisch-ideologisch schwankender und zeitweise verwirrter Kräfte unter den Kulturschaffenden und anderen Intellektuellen und die politische Gewinnung bzw. Rückgewinnung solcher Personen als eine Methode bei der offensiven Zurückdrängung feindlicher Einflüsse und politischer Untergrundtätigkeit in der operativen Vorgangsarbeit (1980); BSTU, ZA, JHS-GVS 216/79.

⁵³ Vgl. Biermann und kein Ende. Eine Dokumentation zur DDR-Kulturpolitik, Berlin 1991; Die Biermann-Ausbürgerung und die Schriftsteller. Ein deutsch-deutscher Fall, Köln 1994; In Sachen Biermann. Protokolle, Berichte und Briefe zu den Folgen einer Ausbürgerung, Berlin 1994.

⁵⁴ Vgl. BStU, ZA, HA XX/AKG 143.

⁵⁵ Vgl. BStU, ZA, HA XX/AKG 115 und HA XX/AKG 116.

⁵⁶ Vgl. HA XX/7 am 17. Juli 1975 a.a.O.

⁵⁷ Zu den folgenden Aussagen vgl. Anm. 1.

⁵⁸ Vgl. BStU, ZA, HA XX/9 1011.

⁵⁹ Vgl. BStU, ZA, HA XX/9 1009.

⁶⁰ Zu den folgenden Ausführungen vgl. Anm. 1.

Belletristik- und sechs Sachbuch-Verlage, den Zentralvorstand des Schriftstellerverbandes und alle bedeutenden Kulturzeitschriften der DDR zu kontrollieren. Die politische Entwicklung in Polen, die Wiederhall in der DDR fand, ließ Sicherheitsvorkehrungen im Verlagswesen und Literaturbetrieb zweitrangig erscheinen. In den achtziger Jahren konzentrierte sich das Referat auf die Bearbeitung von institutionell gebundenen Personen des Kunst- und Kulturbetriebes, die „politischer Untergrundtätigkeit“ (PUT) verdächtigt wurden. Mit der Diagnose PUT wendete sich die Staatssicherheit von der Vorstellung ab, daß Nonkonformismus, Renitenz und Widerstand im Kulturbetrieb Folgen des Einflusses des Gegners im Westens seien. Sie anerkannte erstmals, daß eine autonome innere Opposition in der DDR mit eigenständigen Zielen existierte. Im Februar 1985 erließ Erich Mielke die Dienstanweisung 2/85 „zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit“, um die Bürgerbewegungen wirkungslos zu machen. Da die Dienstanweisung der HA XX/7 eine entscheidende Funktion beim Vorgehen gegen Reformkräfte zuwies, traten mit den Auswirkungen der „Perestroika“ kulturoperative Sicherheitsaspekte bei der Abteilung in den letzten Jahren stark zurück. Das Referat IV, das den Kampf gegen PUT führte, wurde personell erheblich ausgebaut. Es rückte auf zum Schwerpunktreferat der HA XX/7. Ende 1989 war es neben Referat I (Fernsehen, Rundfunk, Film) mit 10 operativen Mitarbeitern die größte Arbeitsgruppe der Abteilung. Drei „Kulturoffiziere“ agierten beim Referat IV im Verantwortungsbereich „Kultur“. Die anderen gingen gegen oppositionelle Künstler vor, die institutionell nicht gebunden waren. Die Bearbeitung freischaffender Künstler übernahm die HA XX/9, die 1981 eingerichtet wurde, um Parallelen zu den polnischen Reformprozessen in der DDR zu verhindern und gegen die „organisierte antisozialistische Opposition“ vorzugehen. Das Berliner Referat 7 griff in den Kampf gegen die „politische Untergrundtätigkeit“ ein, wenn die ver-

dächtigen freischaffenden Künstler ihren Wohnsitz im Berliner Raum hatten.

Einen beispiellosen Personalausbau erfuhr der MfS-Apparat für den Kultur- und Medienbetrieb in den letzten Jahren der DDR. Das betraf sowohl die Berliner Zentrale wie die Referate XX/7 bei den 15 Bezirksverwaltungen. Kulturoperative Sicherheitsvorkehrungen spielten dabei längst keine entscheidende Rolle mehr. Die Staatssicherheit reagierte darauf, daß sich viele Künstler in den Bürgerbewegungen und Kirchen engagierten. Die HA XX/7 blähte sich nach Verabschiedung der Dienstanweisung 2/85 besonders auf: von 1985 bis 1988 um 22%, von 37 auf 43 Mitarbeiter. 1989 hatte sie 40 Beschäftigte⁶¹. 1988/89 dienten republikweit etwa 170 „Kulturoffiziere“ auf der „Linie XX/7“. Den Berliner Raum „sicherten“ am Ende 55 Mitarbeiter „kulturoperativ“ ab. 115 „Kulturoffiziere“ waren für den Rest der Republik zuständig.

Schluß

Die Darstellung und Erläuterung der Entwicklung der Überwachungsstrategien des MfS im Bereich des Pressewesens, des Medien-, Kultur- und Kunstbetriebes der DDR offenbart deutlich, daß die Staatssicherheit anderen Sicherungsbereichen eine viel größere Bedeutung zumaß. Ein Indiz dafür ist, daß die Zahl der Mitarbeiter im Bereich der „Massenkommunikationsmittel“ in der gesamten Zeit immer höher war als im Bereich der „Kultur“. Dadurch wurde eine flächendeckende Überwachung des letztgenannten Bereiches nie möglich. Die große Personalfluktuation in diesem Bereich ist sowohl durch das niedrige Durchschnittsalter zu begründen als auch durch die häufig geringe Bildung, die sie den „Objekten“ unterlegen wirken ließen wie Berichte mehrfach verdeutlichen, als auch die offensichtliche Geringschätzung der „Kultur“ im Vergleich zum Bereich der „Massenkom-

⁶¹ Alle folgenden Angaben nach der Analyse der HA XX über Ausfalltage wegen Krankheit, Kur, Schulbesuch/Studententage, bezahlter und unbezahlter Freistellung vom Dienst und Haushaltstage (1980 bis 1988); BStU, ZA, HA XX-Bdl. 206.

munikationsmittel“. Bezogen auf alle beim MfS beschäftigten Angestellten (91 Tsd. am 31. Oktober 1989) machten die 170 „Kulturoffiziere“ am Ende 1.8% aus. Das sind 3.7% der operativen Mitarbeiter, die 1989 etwa die Hälfte des MfS-Personals stellten. Ähnliche Verhältnisse galten für die HA XX/7, deren Anteil bei wachsender Anforderung konstant blieb. Ende 1989 stellten die 40 „Kulturoffiziere“ vom Kader der HA XX 8.6% (461 Mitarbeiter). Schon 1954 war für „Kulturoffiziere“ ein Anteil von 8.6% bei der HA V vorgesehen. Ihre zahlenmäßige Bedeutung relativiert sich weiter, wenn die Zahlen auf das gesamte Personal bei der Berliner MfS-Zentrale bezogen werden. 1968 und 1982 machten sie davon nur 0.1% aus.⁶²

In den achtziger Jahren trat eine neue Generation „Kulturoffiziere“ an, die das Personalprofil der HA XX/7 entschieden veränderte. Sie ermöglichte einen aus Altersgründen notwendig gewordenen Austausch. Am Ende gehörten nur 20 der 32 operativen Mitarbeiter der letzten Generation an. Kurz vor Auflösung der Staatssicherheit waren die operativen Mitarbeiter der HA XX/7 wie bei Gründung der Abteilung wieder durchschnittlich 32 Jahre alt. Nicht nur das Durchschnittsalter der Abteilung senkte sich dadurch erheblich, sondern auch, wie beschrieben, die Vorgehensweise der Überwachung. Während die Älteren vom Willen geprägt waren, durch den Dienst bei der Staatssicherheit für den Aufbau eines „anderen Deutschland“ und die Entwicklung des Sozialismus beizutragen, erlebten die Jungen eine DDR, die propagierte eine „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ zu sein. Daher war ihr Lebensgefühl weniger von Aufbruch und Aufbau als von Stagnation und Resignation geprägt. Diese Mitarbeiter-Gruppe identifizierte sich schwerer mit den Aufgaben und dem Selbstverständnis des MfS. Moral und Disziplin, die die vorhergehenden „Kulturoffiziere“ internalisiert hatten, ließen deut-

lich nach. Im Herbst 1989 brachen offen Identifikationsprobleme aus, als sich die allgemeine Erosion auch im MfS zeigte. So bekannte sich ein junger „Kulturoffizier“ im November 1989 dazu, daß er sich schon immer mit den Ideen der observierten Künstler seines Verantwortungsbereiches identifiziert habe.

Verglichen mit den vorhergehenden Generationen hob sich von Bildung- und Herkunft die letzte Gruppe deutlich ab. Kaum einer kam noch aus dem Proletariat. Alle hatten Abitur. Vielfach wurden sie vom MfS zum Studium an reguläre Hochschulen der DDR delegiert. Ehemalige IM legen heute gerne dar, daß sie mit ihren Führungsoffizieren hochstehende und freimütige Unterhaltungen führten und heikle gesellschaftspolitische Themen nicht aussparten. Intellektuell war die letzte Stasi-Generation dazu eher fähig. Daß sie sich weder bei der Werbung und Steuerung von IM, noch bei der Bearbeitung von OV und OPK hervortat, lag an ihrer operativen Un-erfahrenheit. Genauso wie die „Aktivisten der ersten Stunde“ sollte sich auch der Nachwuchs das notwendige Wissen über die „politisch-operativen Grundprozesse“ in der Praxis aneignen. Die Auflösung der Staatssicherheit verhinderte für viele, daß ihre Ausbildung zum operativen Mitarbeiter den erwarteten Abschluß fand.

Literatur

- Arnold, Heinz Ludwig (Hrsg.): Feinderklärung. Literatur und Staatssicherheit, München 1993
- Ausgedient. Ein Stasi-Major erzählt. Notiert von Reinhard O. Hahn, Leipzig 1990
- Bahr, Egon: Zu meiner Zeit, München 1996
- Böthig, Klaus/Michael, Klaus (Hrsg.): Macht-Spiele. Literatur und Staatssicherheit im Fokus Prenzlauer Berg, Leipzig 1993
- Braun, Matthias: Drama um eine Komödie. Das Ensemble von SED und Staatssicherheit, FDJ und Ministerium für Kultur gegen Heiner Müllers „Die Umsiedlerin oder das Leben auf dem Lande“ im Oktober 1961, Berlin 1995

⁶² 1968: gesamt = 10.069 Mitarbeiter - HA XX/1/I + II = 12 Mitarbeiter = 0.12%; 1982: gesamt = 21.818 Mitarbeiter - HA XX/7 = 30 Mitarbeiter = 0.130%.

- Corino, Karl: Die Akte „Kant“. IM „Martin“, die Stasi und die Literatur in Ost und West, Reinbek bei Hamburg 1995
- Engelmann, Roger/Schumann, Silke: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57, hrsg. vom BStU, Abteilung Bildung und Forschung, Berlin 1995
- Fricke, Karl Wilhelm: MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit. Analyse und Dokumentation, Köln 1991
- Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS-Handbuch, IV/1), BStU, Berlin 1995
- Heimann, Thomas: DEFA, Künstler und SED-Kulturpolitik, Berlin 1994
- Jäger, Andrea: Schriftsteller aus der DDR. Ausbürgerungen und Übersiedlungen von 1961-1989, Frankfurt a.M. 1995
- Karau, Gisela: Stasiprotokolle. Gespräche mit ehemaligen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit, Frankfurt a.M. 1992
- Keworkow, Wjatscheslaw: Der geheime Kanal. Moskau, der KGB und die Bonner Ostpolitik, Berlin 1995
- Kunstdokumentation SBZ/DDR 1945-1990. Aufsätze, Berichte, Materialien, hrsg. von Günter Feist, Eckhart Gillen und Beatrice Vierneisel, Köln 1996
- Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993
- Riecker, Ariane/Schwarz, Annett et. al.: Stasi intim. Gespräche mit ehemaligen MfS-Angehörigen, Leipzig 1990
- Rüß, Gisela (Hrsg.): Dokumente zur Kunst-, Literatur- und Kulturpolitik der SED, Stuttgart 1976
- Schwarz, Josef: Bis zum bitteren Ende. 35 Jahre in Dienste des Ministeriums für Staatssicherheit. Eine DDR-Biographie, Schkeuditz 1994
- Stadt, Jochen: Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993
- Walther, Joachim (unter Mitarbeit von Gesine von Prittwitz): Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1996
- Walther, Joachim/ von Prittwitz, Gesine: Staatssicherheit und Schriftsteller. Bericht zum Forschungsprojekt, hrsg. vom BStU, Abteilung Bildung und Forschung, Berlin 1993
- Wilkening, Christina: Staat im Staate. Auskünfte ehemaliger Stasi-Mitarbeiter, Berlin und Weimar 1990
- Wir über uns. Anthologie der Kreisarbeitsgemeinschaft „Schreibende Tschekisten“. Reprint, hrsg. vom Haus am Checkpoint Charlie, Berlin 1990
- Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“, hrsg. vom BStU, Abteilung Bildung und Forschung, Berlin 1993
- Zipser, Richard (Hrsg.): Fragebogen: Zensur. Zur Literatur vor und nach dem Ende der DDR, Leipzig 1995